

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	3
§ 1 Grundlagen der prozessualen Kooperationspflichten	5
I. Allgemeines	5
A. Beweisnot als Ausgangssituation und Weichenstellung	5
B. Überblick Meinungsstand	13
C. Resümee und Ausblick	18
II. Ein fruchtbarer Irrtum: Beweislastumkehr bei Beweisnähe	19
A. Übersicht	19
B. Fallgruppen in der Rechtsprechung	24
1. Erste Fallgruppe Beweislastumkehr wegen Beweisnähe	24
a. Voraussetzungen	24
b. Anwendungsbereiche	26
(i.) Beweisnähe im Lauterkeitsrecht	26
(ii.) Einkommens- und Vermögensverhältnisse	27
(iii.) Sonstige Konstellationen	28
2. Zweite Fallgruppe Beweislastumkehr wegen Beweisnähe	29
C. Kritik	31
1. Allgemeines	31
2. Bedeutung der objektiven Beweislast im Fall eines non liquet	33
3. Bezugnahme auf Prozessverhalten	36
4. Sphärengesichtspunkte bei der Beweislastverteilung	38
D. Kooperation bei Nähe zum Beweis und ihre Grenzen	40
E. Beweiswürdigung statt Beweislastumkehr	45
F. Resümee	49
III. Die Kooperationspflicht im Lichte des Zwecks und der Grundsätze des Verfahrens	50
A. Einfluss der Prozessgrundsätze auf Kooperationspflichten?	50
B. Grundsatz der materiellen Wahrheitsfindung erfordert Kooperation	59

C.	Arbeitsgemeinschaft Zivilprozessrecht als Mittel zur Wahrheitsfindung	66
D.	Resümee	69
IV.	Normative Fundamente einer prozessualen Kooperationspflicht	70
A.	Prozessuale Aufklärungspflichten	70
1.	§ 184 ZPO als zentraler Anknüpfungspunkt prozessualer Aufklärungspflichten	70
2.	§ 178 ZPO und sonstige Aufklärungsnormen	76
3.	Allgemeine Aufklärungspflicht	81
B.	Mitwirkungsnormen für das Beweisverfahren	82
C.	Resümee	85
V.	Wahrheitsforschung, Richtermacht und Kooperationspflichten	85
A.	Richtermacht und Kooperationspflicht: Zwei Seiten einer Medaille	85
B.	Kooperation bei Zweifel an der amtswegigen Wahrheitsforschung?	90
1.	Problem	90
2.	Grundsätze zur richterlichen Wahrheitsforschung	91
3.	Aussagen der Rechtsprechung und ihre Analyse	93
C.	Resümee	98
VI.	Verbot des Ausforschungsbeweises und Kooperationspflichten	99
A.	Allgemeines	99
B.	Problematik und Ausgangssituation beim Ausforschungsbeweis	103
C.	Analyse	105
1.	Beweisthema, Vorbringen und unerhebliche Beweisanträge ...	105
2.	Schlüssiges und substantiiertes Vorbringen als Maßstab	108
3.	Ausforschung zur Überwindung von Informationsdefiziten ...	111
4.	Behauptungen »ins Blaue hinein« und Wahrheitspflicht	116
5.	Änderung des Sachvortrags und Beweiserörterung	121
D.	Resümee	121
VII.	Das Verbot der Beweisvereitelung als alternatives Konzept zur prozessualen Kooperationspflicht?	123
VIII.	Verhältnis der prozessualen Kooperationspflicht zum materiellen Recht	127
IX.	Zusammenfassung	133
§ 2	Grenzen der Kooperationspflichten bei Unternehmensgeheimnissen	137
I.	Allgemeines zur Beschränkung der Wahrheitsforschung	137
II.	Der Begriff des Unternehmensgeheimnisses	140
A.	Fehlende Legaldefinition bis zur UWG-Novelle 2018	140

B.	TRIPS-Übereinkommen, Know-how-RL und § 26b UWG	145
C.	Das Unternehmensgeheimnis im Prozessrecht vor und nach der UWG-Novelle 2018	147
D.	Resümee	151
III.	Der grundrechtliche Schutz von Unternehmensgeheimnissen	153
IV.	Grundrechtliche Konfliktsituationen im Zivilverfahren im Zusammenhang mit dem Schutz von Unternehmensgeheimnissen	163
V.	Grenzen der Kooperationspflichten beim Urkundenbeweis	171
A.	Allgemeine Vorlagepflicht, Ausnahme und Gegenausnahme	171
B.	Folgen bei Verstößen gegen die Kooperationspflicht	177
C.	Resümee	182
VI.	Grenzen der Kooperationspflichten beim Augenschein und bei Auskunftssachen	182
VII.	Verallgemeinerung des Prüfschemas nach §§ 303 ff ZPO?	184
VIII.	Kooperation und Geheimhaltung beim Zeugenbeweis – Entbindungspflicht?	191
A.	Allgemeines	191
B.	Meinungsstand in Deutschland	192
C.	Meinungsstand in Österreich	193
1.	Verfahrensübergreifende Diskussion	193
2.	Die Entscheidung 1 Ob 254/99f	195
3.	Reaktion der Lehre	196
4.	Jüngere Rechtsprechung	197
D.	Eigene Stellungnahme	198
1.	Beweislastumkehr bei Nichtentbindung?	198
2.	Beweiswürdigungsverbot und Nichtentbindung	199
3.	Wie erfolgt eine Würdigung bei verweigerter Entbindung? ...	204
E.	Resümee	205
IX.	Grenzen der Kooperationspflichten bei der Parteienvernehmung – Anwendung des § 321 ZPO	207
A.	Allgemeines	207
B.	Bisherige Rechtsprechung	207
C.	Herrschende Lehre	209
D.	Gegenmeinungen in der Lehre	210
E.	Eigene Stellungnahme	212
1.	Zum Umkehrschluss	212
2.	Strukturunterschiede beim Personalbeweis	214
3.	Zwischenentscheidung über Weigerungsgrund	221
F.	Resümee	223
X.	Grenzen der Kooperationspflicht beim Sachverständigenbeweis	223
XI.	Grenzen der Kooperation außerhalb des Beweisverfahrens	229

XII. Klarstellende Zwischenentscheidung zur Kooperation	234
XIII. Zusammenfassung und Ausblick	241
§ 3 Geschützte Verwertung von Unternehmensgeheimnissen? Vorgaben der EMRK und des Unionsrechts	245
I. Schrankenloser Anspruch auf Gehör verdrängt Rechts- und Geheimnisschutz?	245
II. EGMR	252
A. Einleitung	252
B. Rechtsprechung in Strafsachen beschränkt Anspruch auf Gehör	253
C. Einschränkungen des Art 6 EMRK im Bereich des Provisorialverfahrens	258
D. Resümee	267
III. Unionsrecht	268
A. Primärrechtliche Aspekte aus der Sicht der Rechtsprechung des EuGH	268
1. Geheimhaltung und rechtliches Gehörs	268
2. Geheimhaltung und effektiver Rechtsschutz	276
3. Resümee	278
B. Sekundärrechtliche Beispiele für einen Interessensausgleich	279
1. Allgemeines	279
2. Durchsetzungs-RL	280
a. Inhalt und Umsetzung	280
b. Judikatur zur RL	288
c. Einfluss auf Grundrechtskollisionen?	289
3. Richtlinie zu Kartellschadenersatzklagen	292
4. Vergabekoordinierungs-RL	297
5. Know-how-RL	300
6. Resümee	306
C. Fordert das Unionsrecht ein geheimes <i>in camera</i> -Verfahren?	306
1. Meinungsstand	306
2. Stellungnahme	314
IV. Zusammenfassung	328
§ 4 Geschützte Verwertung von Unternehmensgeheimnissen: Schutz vor Dritten	331
I. Einleitung	331
II. Der Schutz von Unternehmensgeheimnissen vor der Volksöffentlichkeit – Schwerpunkt Verhandlung	332
A. Begriff und Umfang der Öffentlichkeit nach der ZPO	332

B.	Ratio Legis der Öffentlichkeit	343
C.	Ausnahmen der öffentlichen Verhandlung nach Art 6 EMRK	351
D.	Ausschluss der Öffentlichkeit nach Art 6 EMRK wegen der Gefährdung eines Unternehmensgeheimnisses?	356
1.	Ausschluss bei einer mündlichen Verhandlung	356
2.	Ausschluss »im Interesse der Rechtspflege«	357
a.	Allgemeines	357
b.	Anwendung des Fallprüfungsschemas	360
3.	Ausschluss »zum Schutz des Privatlebens der Prozessparteien«	363
E.	Ausschluss der Öffentlichkeit nach der ZPO wegen der Gefährdung eines Unternehmensgeheimnisses?	365
1.	Rechtslage vor der UWG-Novelle 2018	365
a.	Einleitung	365
b.	Meinungsstand	366
c.	Die Entscheidung 6 Ob 157/14b	372
d.	Stellungnahme	373
2.	Rechtslage nach der UWG-Novelle 2018	377
F.	Verzicht auf Öffentlichkeit?	379
G.	Zur datenschutzrechtlichen Kritik an den Bestimmungen zur Öffentlichkeit	384
H.	Besteht bei § 172 ZPO Reformbedarf?	393
I.	Resümee	398
III.	Öffentliche Entscheidungen und Geheimnisschutz	399
A.	Urteilsverkündung nach EMRK	399
B.	Öffentlich zugängliche Entscheidungen	405
C.	Resümee	409
IV.	Schutz von Unternehmensgeheimnissen bei der Akteneinsicht Dritter und der Aktenübersendung	410
A.	Akteneinsicht	410
1.	Allgemeines	410
2.	Rechtliches Interesse des Einsichtnehmenden	415
3.	Keine überwiegenden berechtigten Interessen eines anderen	419
4.	Teilweise Einsicht Dritter	422
5.	Exkurs: Sondernormen mit absolutem Schutz vor Akteneinsicht Dritter als Vorbild?	425
a.	§ 141 AußStrG	425
b.	§ 39 KartellG 2005	431
6.	Umgehung des § 219 Abs 2 ZPO durch missbräuchlichen Beitritt als Nebenintervenient?	432
B.	Aktenübersendung und Einsicht in Beakten	434

C.	Resümee	442
V.	Zusammenfassung	442
§ 5	Geschützte Verwertung von Unternehmensgeheimnissen: Schutz vor der Gegenpartei	445
I.	Einleitung	445
II.	Der Grundsatz der Parteiöffentlichkeit im Spannungsfeld zum Geheimhaltungsschutz	447
III.	Bereits geltende Einschränkungen der Parteiöffentlichkeit außerhalb des Beweisverfahrens	452
A.	Abstimmungs- und Beratungsgeheimnis	452
B.	Geheimhaltung der Adresse nach § 75a ZPO	457
C.	Temporäre Einschränkungen der Parteiöffentlichkeit	459
D.	Exkurs: Inkognitooption	461
E.	Zwischenergebnis	462
IV.	Bereits geltende Einschränkungen der Parteiöffentlichkeit im Beweisverfahren	463
A.	Urkundenbeweis	463
1.	Einleitung	463
2.	Vorlage durch den Beweisführer	464
3.	Vorlage durch den Gegner des Beweisführers	468
4.	Vorlage von Handelsbüchern	470
5.	Resümee	475
B.	Personenbeweis	476
1.	Vernehmung über Videokonferenz	476
2.	Vernehmung immuner Personen	478
C.	Parteiöffentlichkeit beim Sachverständigenbeweis und ihre Einschränkung	479
1.	Ausgangslage nach der ZPO	479
2.	Ermittlungstätigkeiten des Sachverständigen	481
a.	Lehrmeinungen zu Ermittlungstätigkeiten	481
b.	Ermittlungstätigkeiten nach der Rechtsprechung	483
c.	Eigene Ansicht	485
3.	Zur Parteiöffentlichkeit bei Ermittlungstätigkeiten	490
a.	Allgemeines	490
b.	Immanente Einschränkungen der Parteiöffentlichkeit	494
c.	Medizinische Untersuchungen	496
d.	Hausrecht	498
e.	Der Schutz von Geheimnissen bei selbständigen Ermittlungen	499

4.	Klarstellende Beschlüsse des Gerichts	504
5.	Resümee	505
V.	Geheimes Zwischenverfahren?	506
VI.	Zulässigkeit eines <i>in camera</i> -Verfahrens auch für entscheidungsrelevante Umstände nach geltendem Recht vor der UWG-Novelle 2018?	513
A.	Einleitung	513
B.	Meinungsstand in Deutschland	514
C.	Exkurs: Rechtsprechung des dt BVerfG zum <i>in camera</i> -Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	529
D.	Lehre in Österreich	530
E.	Judikatur in Österreich	535
F.	Eigene Meinung	537
1.	Allgemeines	537
2.	Teilnahme an der mündlichen Verhandlung	541
3.	Kenntnis von den aufgenommenen Beweisen	543
4.	Entscheidungsbegründung	545
5.	Akteneinsichtsrecht	548
6.	Verzicht auf Beteiligungsrechte?	549
VII.	Das Geheimnisschutzverfahren nach der UWG-Novelle 2018	551
A.	Umsetzung der Know-how-RL	551
1.	Allgemeines	551
2.	Geheimnis als Verfahrensgegenstand	552
3.	Mehrschichtiger Geheimnisschutz	553
B.	Wahrung der Vertraulichkeit durch ein <i>in camera</i> -Verfahren	554
1.	Allgemeines	554
2.	Geltendmachung des Geheimnisschutzes (§ 26h Abs 1 UWG)	554
3.	Maßnahmen des Geheimnisschutzes (§ 26h Abs 2 UWG)	555
4.	Offenlegung des Geheimnisses (§ 26h Abs 3 UWG)	557
5.	Bewertung	558
C.	Schutz von offengelegten Geheimnissen	558
D.	Sonstige Schutzmaßnahmen	559
VIII.	Zusammenfassung	560
§ 6	Geschützte Verwertung von Unternehmensgeheimnissen: Rechtspolitische Überlegungen	563
I.	Einleitung	563
II.	Wirtschaftsprüfervorbehalt	564
A.	Materiellrechtliche Bedeutung	564
B.	Taugliche Maßnahme zum Geheimnisschutz im Verfahrensrecht?	567

C.	Verfahrensrechtlicher Nutzen aus dem Modell des Wirtschaftsprüfervorbehalts?	575
D.	Relativierung des strengen Unmittelbarkeitsgrundsatzes als Maßnahme des Geheimnisschutzes?	577
1.	Allgemeines	577
2.	Entscheidung des dt BAG: Dritter (Notar) als Filter?	578
E.	Resümee	587
III.	Vertreterlösung	587
A.	Einleitung	587
B.	Ein zur Verschwiegenheit verpflichteter gewillkürter Vertreter? ...	588
C.	Ein zur Verschwiegenheit verpflichteter gerichtlich bestellter Vertreter?	591
D.	Exkurs: Vorbild prozessualer Abwesenheitskurator unter dem Lichte der Aliyev-Entscheidung?	595
1.	Allgemeines zum Kurator	595
2.	Funktion der Abwesenheitskuratel im Spannungsfeld des Art 6 EMRK	597
3.	Justizgewährung bei abwesendem Gegner	597
4.	Rechtliches Gehör des Abwesenden	599
5.	Rechtsschutz bei Beststellungsfehler	601
6.	EGMR und EuGH	602
a.	Bisherige Rechtsprechung	602
b.	Aliyev-Entscheidung	604
c.	Zum Ergebnis der Aliyev-Entscheidung	606
d.	Kritik an der Begründung der Aliyev-Entscheidung	607
e.	Folgen der Aliyev-Entscheidung	610
E.	Folgen für einen Kurator zur Wahrung von Geheimhaltungsinteressen	613
IV.	Zusammenfassung	614
§ 7	Ergebnisse	617
	Literaturverzeichnis	627
	Sachverzeichnis	655
	Über den Autor	661